

Arbeitsblatt 8

Fall ZR 340. Professor P, Inhaber eines Lehrstuhls für Staats- und Verwaltungsrecht sowie Finanzrecht und ehemaliges Mitglied des Bundestages und Bundesminister, nimmt im Frühjahr 2004 das Angebot der F-AG an, Vorsitzender Ihres Beirats zu werden. In mehreren Interviews mit Finanzzeitschriften macht P Werbung für den von der F-AG in der Form einer KG initiierten X-Vermögensanlagefonds. Unter anderem  uert P „Meine Forderung an das Management der F-AG für meine Mitwirkung als Vorsitzender des Beirats war: Durchgehende Qualitätssicherung für jeden einzelnen Anleger. Dazu Kompetenz, Kontrolle und Transparenz für das Konzept und die handelnden Personen des Fonds. Das haben wir geschafft. Mich hat die Beachtung aller denkbaren Anlegerschutzregelungen, die das Fondskonzept auszeichnet, beeindruckt“. Zu dem X-Fonds gibt die F-AG (neben dem offiziellen Verkaufsprospekt) eine 80 Seiten umfassende Produktinformation heraus, in der darauf hingewiesen wird, dass für die Umsetzung der hinter dem Fonds stehenden Philosophie hochrangige Persönlichkeiten aus Politik und Wirtschaft wie P. als Beiratsmitglieder gewonnen worden seien. Abdrucke des Interviews mit P. und der Produktinformation werden den Anlageinteressenten gemeinsam mit dem offiziellen Prospekt überreicht. Anfang August 2004 beendet P seine Tätigkeit im Beirat. Im Oktober 2004 erwerben M und F eine Fondsbeteiligung. Im Frühjahr 2005 wird dem X-Fonds die weitere Geschäftstätigkeit von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht wegen Verstoßes gegen das Kreditwesengesetz untersagt. Daraufhin wird das Insolvenzverfahren über das Vermögen des X-Fonds eröffnet. M und F, deren Beteiligungen wertlos geworden sind, sind der Auffassung, das Geschäftsmodell des X-Fonds sei im Emissionsprospekt falsch dargestellt worden. Für diese Falschaussagen müsse P eintreten und sei ihnen daher zum Schadensersatz verpflichtet. *Zu recht?*

Fall ZR 341. Ein Reporter für das Nachrichtenmagazin S hat den Verdacht, dass Spitzenpolitiker P sein Wohnhaus mit einem Privatkredit eines bekannten Unternehmers finanziert hat. Daher beantragt die S-GmbH, die Magazin herausgibt, Einsicht in das Grundbuch. Das Grundbuchamt teilt auf die Anfrage lediglich mit, dass für das Grundstück eine Eigentümergrundschuld eingetragen ist und alle übrigen Grundpfandrechte gelöscht seien; im übrigen verweigert das Grundbuchamt die Einsichtnahme. *Zu recht?*

Fall ZR 342. M und F leben getrennt. Ein Scheidungsantrag ist rechth ngig. Sie haben zwei Töchter. Im Oktober 2006 stirbt M. F erklärt gegenüber Bestattungsunternehmer B, Sie könne für die Bestattungskosten nicht aufkommen. B f hrt gleichwohl die Bestattung durch und verlangt von F die Erstattung der Kosten von € 2.500,-. *Zu recht?*

Bestattungsgesetz Rheinland-Pfalz

§ 8

Bestattung

- (1) Die Würde des Toten und das sittliche Empfinden der Allgemeinheit sind zu achten.
- (2) Jede Leiche muss bestattet werden. ...

§ 9

Verantwortlichkeit

- (1) Für die Erfüllung der aufgrund dieses Gesetzes bestehenden Verpflichtungen ist der Erbe verantwortlich. Soweit ein Erbe nicht rechtzeitig zu ermitteln ist oder aus anderen Gründen nicht oder nicht rechtzeitig in Anspruch genommen werden kann, sind die folgenden Personen in der angegebenen Reihenfolge verantwortlich, sofern sie voll geschäftsfähig sind:
 1. der Ehegatte oder Lebenspartner,
 2. die Kinder,
 - ...

§ 74 SGB XII

Bestattungskosten

Die erforderlichen Kosten einer Bestattung werden übernommen, soweit den hierzu Verpflichteten nicht zugemutet werden kann, die Kosten zu tragen.

Fall ZR 343. Der deutsche Staatsbürger X betreibt auf der zu Google gehörenden Plattform blogspot.com ein Blog zu Ereignissen auf Mallorca. Dort schreibt er im Jahr 2007 über einen auf Mallorca tätigen deutschen Geschäftsmann K: „Im Frühjahr 2000 wurde die Visakarte von Herrn K gesperrt und eingezogen. K nützte diese Visa-Karte im Wesentlichen zur Begleichung von Sex-Club Rechnungen und sei allem Anschein nach ‚manchen Situationen nicht gewachsen‘“. K erklärt diese Behauptungen für frei erfunden und verlangt von Google Inc. (ansässig in Mountain View, Kalifornien) die Löschung des Blogeintrages. Google ist der Auffassung, allenfalls zur Weiterleitung der Abmahnung des K an X verpflichtet zu sein. *Zu recht?*

Fall ZR 344. S wohnt mit seiner Frau im Haus seiner Mutter F. Im Lauf der Jahre erbringt S für die Renovierung des Hauses Leistungen im Wert von ca. € 120.000,-. Im Jahr 2002 überträgt F das Haus, dessen Wert etwa € 220.000,- beträgt, „im Wege der vorweggenommenen Erbfolge“, unter Vorbehalt eines Wohnrechts an S. Im Jahr 2003 wird das Wohnrecht gegen Zahlung von € 18.000,- an F gelöscht. F zieht in ein Pflegeheim. Für die Kosten des Pflegeheims erhält F von 2005 bis 2007 Sozialhilfe in Höhe von € 45.000,-. Nach dem Tod der F verlangt der Sozialhilfeträger von S aus  bergeleitetem Recht die Zahlung von € 45.000,-. *Zu recht?*